

29. November 2020

## **Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V. (dgv) zur Verteidigung der Freiheit von Forschung und Lehre gegen den Angriff der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf die wissenschaftliche Integrität von Prof. Dr. Klaus Schönberger**

*Sehr geehrter Herr Dr. Pucker,*

die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) steht in ihrem politischen Handeln und Denken für eine rechte bis rechtsextreme Haltung im Umgang mit aktuellen Fragen der Migration und Integration sowie in der Aufarbeitung regionaler und nationaler Geschichte. Wiederholt hat die Partei offizielle Anfragen im Parlament genutzt, um im Sinne ihrer politischen Ziele wissenschaftliche Publikationen in Frage zu stellen und wissenschaftliche Persönlichkeiten zu diskreditieren. Nun hat die Kärntner FPÖ die Anfrage gestellt, ob Dr. Klaus Schönberger, Professor für Kulturanthropologie im Studiengang Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Klagenfurt, in seiner beruflichen Position noch tragbar sei, nachdem er sich zu Fragen von Rassismus und zum kulturellen Gedächtnis des Landes Kärnten geäußert hat.

Die FPÖ Kärnten wirft Klaus Schönberger vor, das Gedenken an den Kärntner Abwehrkampf verunglimpft zu haben. Weiterhin kritisiert sie in ihrer Anfrage Schönbergers Ausführungen zum Integrationsimperativ und zum kulturalistischen Rassismus. Kulturalistischer Rassismus meint eine politische Strategie, die den Begriff der ‚Rasse‘ durch ‚Kultur‘ ersetzt, ohne den Inhalt der Aussage grundlegend zu ändern. Die FPÖ verdreht in ihrer Anfrage Kollege Schönbergers Warnung, dass dieser neue Rassismus seinen Platz mitten in der Gesellschaft eingenommen habe und sich häufig als Forderung nach

Integration maskiert. Kollege Schönberger ignoriert eben nicht die offenen Fragen in Bezug auf Einwanderung und Migration. Vielmehr verweist er in einer republikanischen Denktradition auf demokratische Tugenden und auf notwendige politische Aushandlungsprozesse in diesem Kontext. Diese sind nicht ausgrenzend, aber eben im kulturalistischen Diskurs allenfalls nebensächlich.

Das Rektorat der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt hat mit einem Verweis auf die Freiheit von Forschung und Lehre (Art. 17 Staatsgrundgesetz von 1867) bereits auf die Vorwürfe reagiert und stellt sich hinter den Kollegen Schönberger. Auch die Deutsche Gesellschaft für Volkskunde e.V. (dgv) möchte in aller Deutlichkeit ihre Solidarität mit ihrem Mitglied Prof. Dr. Klaus Schönberger ausdrücken. Wir verwahren uns dagegen, dass die parlamentarische Anfrage als demokratisches Mittel der politischen Partizipation dafür missbraucht wird, um Druck auf Wissenschaftler:innen auszuüben und diese in ihrer Eignung und Position zu diskreditieren. Die dgv fordert Wissenschaftsminister Fassmann (ÖVP) dazu auf, derartige Einschüchterungsversuche mit Klarheit und Schärfe zurückzuweisen. Das Vertrauen in den Wissenschaftsstandort Österreich als Ort freier und innovativer Forschung leidet immens, wenn Vertreter:innen rechter Parteien wissenschaftliche Arbeit auf diese Art und Weise unter Druck setzen. Hier reicht der Verweis auf die Gesetzeslage nicht aus. Wir fordern, dass der Wissenschaftsminister diese Vorwürfe auch politisch zurückweist und die österreichischen Professor:innen gegen solche Anfragen aktiv verteidigt. Inhaltliche Kontroversen dürfen nicht mit dem Dienstrecht verknüpft werden.

Schon vor zwei Jahren hat die FPÖ zum Mittel der parlamentarischen Anfrage gegriffen, um die Institute für Europäische Ethnologie/Kulturanthropologie/Kulturanalyse in Österreich zu attackieren. Angriffspunkt war eine gemeinsame Erklärung der österreichischen Institute zu Migration und Flucht, in der die Konzepte von „Heimat“ und „Kultur“ als politische Instrumente kritisch hinterfragt wurden. Damals lautete der Vorwurf der FPÖ, dass die Kolleginnen und Kollegen hier ideologische Programme verbreitet und dazu die staatliche Institution Universität missbraucht hätten.

Die Arbeit an Begriffen wie ‚Kultur‘, ‚Heimat‘ und ‚Identität‘ ist jedoch die ureigene Aufgabe von Kulturwissenschaftler:innen. Dahinter verbirgt sich keine Ideologisierung, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit dem Umgang und den Wirkungsweisen dieser Begriffe. Schließlich haben rechte und rechtsextreme Parteien gerade diese Begriffe in der Geschichte wiederholt instrumentalisiert und instrumentalisieren sie auch gegenwärtig, um Andersdenkende und gesellschaftliche Minderheiten auszugrenzen. Analysen, wie sie der international renommierte Kollege Schönberger vorlegt, fußen auf wissenschaftlichen Argumentationen. Sie haben das Ziel, Denk- und Handlungsmuster in Politik und Gesellschaft aufzuzeigen sowie deren historische und soziokulturelle Entwicklung nachvollziehbar zu erklären. Es ist die Aufgabe der Wissenschaft, neue Erkenntnisse – hier über Kultur und Gesellschaft –

in Lehre und Forschung zu erarbeiten und diese auch im gesellschaftlichen Wissenstransfer über die Grenzen der Universität hinaus mitzuteilen.

Wissenschaft leistet damit einen Beitrag zu einer reflexions- und entwicklungsfähigen Gesellschaft. Der Versuch rechter Parteien, diese Aufgaben als „ideologisch“ zu verunglimpfen, unterminiert den Grundgedanken der Freiheit der Wissenschaft. Sie zielen darauf ab, kritische Wissenschaftler:innen einzuschüchtern.

Die Deutsche Gesellschaft für Volkskunde e.V. widerspricht jedweder Form des Angriffs auf die Freiheit der Wissenschaft. Politische Angriffe wie jene auf Kollegen Schönberger bedrohen und verunglimpfen nicht nur die Arbeit und Person von Wissenschaftler:innen. Sie behindern auch generell die Diskursfähigkeit einer demokratischen und offenen Gesellschaft und damit deren Weiterentwicklung.

Mit freundlichen Grüßen,



Prof. Dr. Markus Tauschek

(im Namen von Vorstand und Hauptausschuss der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V.)